

Illegalerweise Verspekuliert

Niederländische Banken und fehlende Besteuerung: Vernichtender Prüfbericht zu Fußach.

FUSSACH, BREGENZ Spekulationen mit Aktien, ungültige Dienstverträge, Gutscheine statt Gehalt: die Liste der Verfehlungen, die der Landesrechnungshof in Fußach feststellte, ist lang. Oder, wie es Brigitte Egger-Bargehr, Direktorin des Landesrechnungshofs, zusammenfasst: So etwas hat sie noch nicht gesehen. Ein paar Beispiele:

1 Spekulation

Nach dem Finanzskandal in Salzburg trat ein Spekulationsverbot in Kraft. Hochspekulative Geschäfte wurden verboten, was die Verantwortlichen der Gemeinde Fußach wussten, wie Egger-Bargehr betont: „Das Spekulationsverbot war bekannt, es lag in den Ordnern obenauf.“ Dennoch tobte man sich aus: Insgesamt wurden Aktien und Fonds in der Höhe von 17,5 Millionen Euro gekauft, rund acht Millionen Euro betrug der Aktienbestand 2019. VW, Deutsche Bank, aber auch Fremdwährungen wie die türkische Lira und US-Dollar waren dabei, insgesamt Titel von 40 Firmen. Laut Unterschriften auf Beratungsdokumenten der Bank war den Beteiligten bewusst, dass das Ausfallrisiko teilweise 100 Prozent beträgt. 2019 war plötzlich Schluss: Der Finanzleiter verkaufte auf einen Schlag alle Produkte. Schadenssumme laut Rechnungshof: rund 1,8 Millionen Euro.

2 Niederländische SNS Reaal

Nachrangige Anleihen sind besonders spekulative Wertpapiere. Sie werfen höhere Zinsen ab, das Ausfallrisiko ist jedoch ebenfalls wesentlich höher. Fußach kaufte 2012 solche Anleihen der niederländischen Bank SNS Reaal. Die Bank geriet ins Straucheln, die Bonität sank auf Ramschniveau. Dennoch kaufte Fußach weitere Anleihen bis zu einem Gesamtnennwert von 2,2 Millionen Euro (Investitionssumme 1,65 Millionen Euro). Die Bank



Peter Böhler muss aufräumen. Der neue Bürgermeister hat die Sachverhaltsdarstellung seines Vorgängers erweitert. VN/PAULITSCH

ging Pleite und wurde verstaatlicht, das Geld war weg. Einige Jahre später urteilte ein niederländisches Gericht, dass die Gläubiger das



„Da wurde bewusst gegen Vorschriften und Gesetze verstoßen.“

Brigitte Egger-Bargehr
Direktorin Landesrechnungshof

Recht auf eine Entschädigung haben. Dennoch verkaufte Fußach die Anleihen an ein Tochterunternehmen der Hausbank. Um zwei Cent. Gleichzeitig verzichtete man auf alle Rechte, Verluste später geltend zu machen. Egger-Bargehr: „Da sind noch viele Fragen offen.“

Fußach sei eine finanziell gesunde Gemeinde. Aber während ähnliche Gemeinden 660 Euro pro Kopf investierten, waren es in Fußach 440. Das Geld floss in Aktien.

3 Steuern

Der Rechnungshof errechnete für die Aktiengeschäfte seit 2004 eine Rendite von zwei Prozent. Allerdings wurde weder die Arbeit gegengerechnet, noch die Steuern. Die Gemeinde vergaß, Kapitalertragssteuer zu zahlen. Der aktuelle Bürgermeister Peter Böhler brachte deshalb am Mittwoch in der Früh eine Selbstanzeige ein. Fußach muss innerhalb von vier Wochen 720.000 Euro Steuern nachzahlen.

4 Gehalt

Als die Gemeinde eine Gehaltsobergrenze beschloss, unterschrieb der Bürgermeister mehrere Zulagen für den Finanzleiter, womit dieser wieder auf das alte Gehalt kam. Der Bürgermeister kann sich nicht an die Unterschrift

erinnern, erklärt Egger-Bargehr. Zudem hat der Finanzleiter sich ein eigenes Arbeitszeitmodell maßgeschneidert: Er bekam 45 Überstunden pro Monat bezahlt, musste sie aber nicht leisten. Sein Gehalt war 60 Prozent höher als jenes des Bürgermeisters. Zudem dokumentierte er über 1000 Überstunden jährlich, die er sich 2017 und 2020 auf einen Schlag auszahlte. Den Betrag von 2020 überwies er zurück.

5 Anstellungen

Alle Dienstverträge, die der Finanzleiter in seiner Funktion als Amtsleiter mit Personalagenden unterschrieb, sind ungültig. Die Befugnis erteilte ihm der Bürgermeister nur mündlich, nie schriftlich. Manchmal gab es auch gar keine Verträge. Es gab Mitarbeiter, die mit Gutscheinen bezahlt wurden. Auch unterlaubte Kettendienstverträge wurden abgeschlossen. Die Gemeinde ist derzeit dran, alle Dienstverträge zu erneuern, erklärt der Bürgermeister.

6 Schaden

Peter Böhler beziffert den Schaden auf über zwei Millionen Euro. Die Gemeinde wird die Sachverhaltsdarstellung von Böhlers Vorgänger ergänzen. Der ehemalige Bürgermeister wird darin nun auch beschuldigt. Der Rechnungshof empfiehlt sowieso den Rechtsweg.

VIDEO
„Vorarlberg live“
http://VN.AT/sukNIH

Nun sind die Gerichte am Zug

FUSSACH Zwei Cent bezahlte ein Tochterunternehmen der Hausbank für Anleihen, die einst Fußach für 1,64 Millionen Euro erwarb. Diese Anleihen könnten eigentlich wesentlich mehr Wert sein. Die Gemeinde möchte deshalb das Gespräch mit der Bank suchen, erklärt Bürgermeister Peter Böhler. Außerdem ist dieses Geschäft nun auch Teil der ergänzten Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft Feldkirch, die 2020 vom damaligen Bürgermeister gegen drei Mitarbeiter eingebracht wurde. Selbst möchte die Gemeinde vorerst nicht aktiv

werden. „Wir hängen uns als Nebenskläger an die Staatsanwaltschaft. Weiter Schritte beraten wir danach. Wir sind wild entschlossen, möglichen Schaden der Bürger zurückzuholen. Ohne Rücksicht.“ Die Gemeindevertretung soll die endgültige Vorgangsweise festlegen. Straf-, zivil-, und dienstrechtliche Schritte stehen im Raum. Deshalb findet am Freitag in einer Woche eine Sitzung statt, der eine Fragestunde mit dem Rechnungshof vorangeht. Der hat auf 80 Seiten 46 Empfehlungen ausgesprochen, die die Gemeinde nun umsetzen möchte.

„Erster Schritt zur Bodensee-Bahn“

SCHWARZACH Ab Dezember führt die Schweizer Bahn an den Wochenenden alle zwei Stunden eine umsteigefreie Zugverbindung zwischen Rorschach und Lindau-Insel ein. Die Fahrzeit der S7 beträgt 30 Minuten, sie hält auch in St. Margrethen, Bregenz und Lindau-Reutin. Die Initiative Bodensee-S-Bahn ist über diesen Schritt erfreut. „Allerdings müssen weitere Schritte folgen.“ So soll das Zugangebot auf die ganze Woche ausgedehnt werden. Außerdem sollen auch Lustenau, Hard-Fußach, Bregenz Riedenburg, Bregenz-Hafen und Lochau-Hörbranz angefahren werden. „Mittelfristig ist selbstverständlich ein Halbstundentakt anzustreben“, schreibt die Initiative. Längerfristig fordert sie einen zweigleisigen Ausbau der ganzen Strecke. „Die neuen, winzigen Doppelspur-Abschnitte in Lustenau - Lauterach genügen definitiv nicht.“

Heftige Debatten im Volkswirtschaftlichen Ausschuss.

BREGENZ Auslöser für die Diskussionen lieferte ein Antrag der Freiheitlichen. Sie hatten eine Initiative zur raschen Umsetzung des Entlastungsprojektes gestartet. Das Nein der Regierungsfractionen von Volkspartei und Grünen sorgt denn auch für herbe Kritik der Blauen. „Mit ihrer Ablehnung einer Verfahrensbeschleunigung zur raschen Umsetzung hat sich Schwarz-Grün offen gegen die Interessen der vom Verkehr massiv belasteten Bevölkerung und der Wirtschaft gestellt“, wettet Daniel Allgäuer (FP) als Verkehrssprecher.

Vor allem das Verhalten der Schwarzen stößt Allgäuer hörbar sauer auf: „Dass die Grünen offen gegen das Projekt auftreten, ist

S18 hält Politik wohl noch länger auf Trab



Verkehr durch sowie von und nach Lustenau und das Entlastungsprojekt S18 sorgen weiter für Diskussionen. VN/HARTINGER

bekannt. Dass sich jetzt aber auch die Volkspartei dieser völlig inakzeptablen und verantwortungslosen grünen Verzögerungspolitik anschließt, ist ein harter Schlag ins Gesicht aller Betroffenen.“ Die VP weist die Kritik erwartungsgemäß zurück. „Es wäre ein Treppenzwisch

der Geschichte, wenn eine der wichtigsten verkehrspolitischen Weichenstellungen aufgrund eines juristischen Experiments scheitern würde“, erteilt Verkehrssprecher Patrick Wiedl (VP) dem Vorschlag, die Realisierung der S18-Bodenseeschnellstraße mit dem Stand-



Kommentar
Michael Prock

Ein Versagen der Kontrolle

Kontrolle ist keine Störung des politischen Alltags. Sie bildet das Grundgerüst politischen Handelns. Kontrolle soll sicherstellen, dass ein Politiker seine Aufgabe im Sinne des Auftraggebers – also des Bürgers – erfüllt. Aber in Fußach?

Kontrollinstrumente wie das Vier-Augen-Prinzip bei Überweisungen wurde abgeschafft. Der Finanzleiter besaß auch die TAN-Codes des Bürgermeisters. Ein internes Kontrollsystem fehlte völlig. Einzelzeichnungsberechtigungen wurden eingeführt. Der Finanzleiter nahm nach seiner Pensionierung viele Akten mit nach Hause. Ein kritischer Bericht der Gebarungskontrolle aus dem Jahr 2004 blieb ohne Folgen. In mehreren Rechnungsabschlüssen sollen die Aktienwerte mit exakt acht Millionen Euro ausgedeutert gewesen sein. Niemand stieg dem Bürgermeister auf die Zehen: Nicht die Aufsichtsbehörde, nicht die Opposition, nicht die Landespolitik, nicht der Prüfungsausschuss in der Gemeinde. Der Rechnungshof prüfte eher zufällig, die Staatsanwaltschaft wurde auf Betreiben des ehemaligen Bürgermeisters aktiv.

Wieso können hochspekulative Aktiengeschäfte auch nach deren Verbot getätigt werden? Weshalb können Mitarbeiter mit Gutscheinen statt einer Anstellung abgespeist werden? Warum kann ein Gemeindemitarbeiter Aktien im Wert von acht Millionen Euro verscherbeln? Wie kann sich ein Mitarbeiter selbst ein Zeiterfassungsmodell schreiben und auf ein Gehalt kommen, das 60 Prozent höher liegt als jenes des Bürgermeisters? Wo war die Kontrolle?

Was sich der Bürgermeister und sein Mitarbeiter erlaubten, ist ungeheuerlich. Aber es wurde ihnen nicht schwer gemacht.

MICHAEL PROCK
michael.prock@vn.at
05572 501-633

ortentwicklungsgesetz zu verknüpfen, eine Absage und verweist auf die Tatsache, dass eines der Vorprojekte bereits auf Grund einer höchstrichterlichen Entscheidung gescheitert war. Die Asfinag, so Wiedl, solle die Grundlagen für eine Trassenentscheidung zügig erarbeiten.

Ja zu Wasserstoff als Puzzlestück

Auf Einstimmigkeit stieß hingegen eine Vorlage der Regierungsfractionen im Energiepolitischen Ausschuss in Sachen Wasserstoff als Puzzlestück zur Energieautonomie. „Wir haben uns beim Update des Strategiepapiers darauf verständigt, den Herausforderungen bei der Bereitstellung von nachhaltiger Energietechnologie offen zu begegnen. Insofern muss auch der Wasserstoff als Energieträger eine Option sein“, freut sich Christine Metzler (VP) als Energiesprecherin. VN-TW